№ 185. Morgenblatt.
Dienstag, 25. April.

Die „Volks-Zeitung" erscheint täglich zwei Mal — Morgens und Abends — mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Chef-Redakteur: Karl Bollrath in Berlin.
Redaktion und Haupt-Expedition: W. Lützowstraße 105.
Annahmestellen für Abonnements u. Inserate: W. Kronenstraße 46, O. Gr. Frankfurter Str. 87, SO. Kottbuser Str. 1, S. Kommandantenstr. 58, N. Chausseestr. 67, C. Neue Schönhauserstr. 5.
Druck und Verlag: „Gutenberg", Druckerei und Verlag, Act.-Ges. Berlin W., Lützowstraße 105.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: „Gutenberg's Illustrirtes Sonntagsblatt."

Berlin.
1902. — 50. Jahrgang.

Abonnementspreis für Berlin:
Vierteljährlich zwei Mal täglich zugestellt 4,50 M.
nur Morgens „ 4,— „
Monatlich zwei Mal täglich „ 1,50 „
„ nur Morgens „ 1,35 „
Wöchentlich 35 Pfennig.
Beim Selbstabholen aus der Expedition: Quartal 3,25 M., Monat 1,10 M., Woche 30 Pf.
Einzelne Nummer: 10 Pfennig.
Bei allen Deutschen Postanstalten: pro Quartal 4,50 M., monatlich 1,50 M.

Insertionsgebühr:
Für die gewöhnliche Zeile 40 Pfennig.

Ausländer in Deutschland.

Vom Statistischen Amt ist dieser Tage ein interessantes Ergebniß der letzten Volkszählung bekannt gemacht: die Zahl der in Deutschland wohnenden Ausländer und ihre Vertheilung auf die verschiedenen Gebiete des Deutschen Reiches. In welchem Verhältniß die Zahl der Ausländer zu derjenigen der Reichsangehörigen in den einzelnen Bundesstaaten steht, davon giebt die beistehende Karte ein Bild. Ferner ist rechts unten noch eine graphische Uebersicht enthalten über das Stärkeverhältniß der den verschiedenen Nationen angehörenden und im Deutschen Reiche lebenden Ausländer.

Beide Darstellungen zeigen überraschende Resultate. Besonders bemerkenswerth ist die verhältnißmäßig starke Ansammlung von Reichsausländern in einigen Grenz- und Küstengebieten (siehe die Zeichenerklärung links oben in der Karte), während wieder andere, gleichfalls an der Landesgrenze liegende Provinzen und Bundesstaaten eine relativ geringe Anzahl von Reichsausländern aufzuweisen haben.

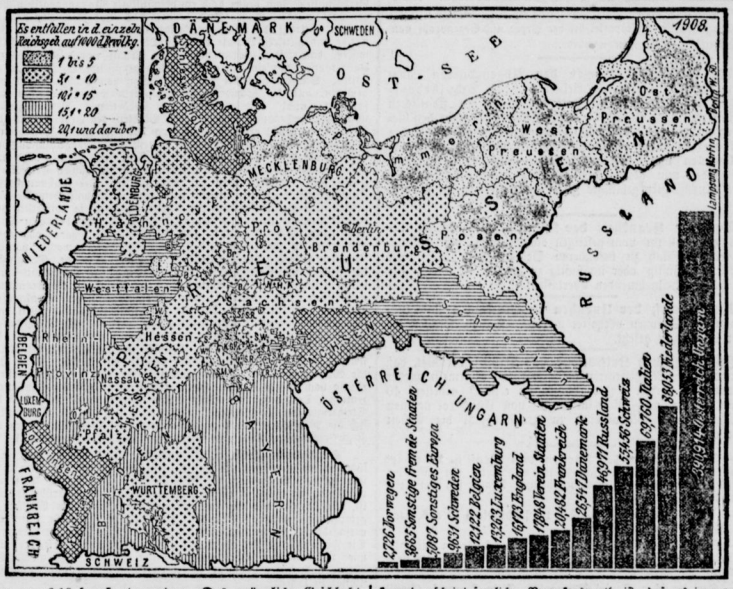
In Elsaß-Lothringen kommen beispielsweise auf 1000 Reichsangehörige 37,95 Ausländer, während das östliche Reichsgrenzgebiet noch nicht den zehnten Theil hiervon zu verzeichnen hat. Rein numerisch stellt sich das Verhältniß naturgemäß anders. Wir lassen nachstehend zur Orientirung des Lesers die genauen, sowohl absoluten wie relativen Zahlen (diese sind in Klammern beigefügt und zeigen die auf 1000 Reichsinländer entfallenden Ausländer an) der Reichsausländer in den einzelnen Reichsgebieten folgen:

In den Provinzen Ostpreußen 7451 (3,73), Westpreußen 3893 (2,49), Stadt Berlin 35026 (18,54), Brandenburg 19694 (6,34), Pommern 4437 (2,71), Posen 5184 (2,75), Sachsen 14313 (5,05), Schlesien 59132 (12,67), Schleswig-Holstein 28591 (20,60), Hannover 16289 (6,20), Westfalen 46449 (14,57), Hessen-Nassau 18215 (9,60), Rheinland 108820 (18,59), Hohenzollern 509 (7,62). Im ganzen Königreich Preußen mithin 368003 (10,68). Weiter folgen Bayern r. d. Rh. mit 102126 (19,11), Bayern l. d. Rh. 4628 (5,56), Sachsen 133175 (31,69), Württemberg 17083 (7,87), Baden 35033 (18,75), Hessen 7019 (6,27), Mecklenburg-Schwerin 3003 (4,94), Sachsen-Weimar 2951 (8,13), Mecklenburg-Strelitz 638 (6,22), Oldenburg 2744 (6,87), Braunschweig 4476 (9,64), Sachsen-Meiningen 599 (2,39), Sachsen-Altenburg 2043 (10,48), Sachsen-Koburg-Gotha 853 (3,72), Anhalt 2240 (7,09), Schwarzburg-Sondershausen 601 (7,43), Schwarzburg-Rudolstadt 353 (3,79), Waldeck 208 (3,59), Reuß ältere Linie 950 (13,89), Reuß jüngere Linie 1277 (9,17), Schaumburg-Lippe 78 (1,81), Lippe 321 (2,31), Lübeck 1768 (18,28), Bremen 4977 (22,13), Hamburg 16299 (21,21), Elsaß-Lothringen 65251 (37,95).

Das größte Ausländerkontingent wird von unserem Nachbarstaat Oesterreich-Ungarn gestellt (vergleiche die Tabelle), und zwar haben davon allein 113000 das Königreich Sachsen als Domizil gewählt. In Schleswig-Holstein bilden die Dänen circa 3/4 der gesammten dort lebenden Fremden. In Elsaß-Lothringen besteht die größte Fremdenkolonie merkwürdiger Weise aus Italienern mit 20952 Köpfen, dann erst folgen die Franzosen mit 14934, die Schweizer mit 11934, die Luxemburger mit 10671 und die Oesterreicher mit 2972 Köpfen.

In den Küstengebieten Deutschlands, namentlich in den Handelsstädten Hamburg und Bremen, ist die Fremdenkolonie zumeist international, aus vielen gleichstarken Kontingenten zusammengesetzt.

Innerhalb der letzten 50 Jahre hat sich die Zahl der im Deutschen Reich ansässigen Ausländer von 262381 auf 778698 erhöht, sodaß im Jahre 1900 auf 1000 Reichsangehörige 13,81 Ausländer entfallen, während in der 1880er Volkszählung



deren nur 6,10 berechnet wurden. Das männliche Geschlecht unter den Reichsausländern ist im Deutschen Reich gegenüber dem weiblichen mit 67,8 pCt. in der Mehrzahl; nur die Engländer, Franzosen und die Angehörigen der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika schicken ein größeres weibliches als männliches Kontingent nach dem Deutschen Reich.

Gegenüber diesen Thatsachen ist daran zu erinnern, daß Hunderttausende von Deutschen in anderen Ländern Gastfreundschaft genießen. Das Interesse an der loyalen Behandlung unserer Gäste entspricht dem Interesse der Deutschen im Auslande, ihrerseits in Frieden mit ihren Gastfreunden zu leben

Der Reichstag

hat gestern den Gesetzentwurf über den Wohnungsgeldzuschuß an die Budgetkommission verwiesen. Mit dem Entwurf ist man auf keiner Seite recht zufrieden. Der Chinakrieg, unsere sonstige Welt- und Kolonialpolitik, der Militarismus und der Marinismus haben so viel Geld verschlungen, daß den Beamten jetzt vom Bundesrathstische aus ein sehr wehleidiges Lied über die schlechten Finanzen vorgesungen wird. Von den Oppositionsrednern Richter und Singer werden die Beamten auf die Melodie besonders hingewiesen. Ob der Gesetzentwurf in dieser Session noch zu Stande kommt, erscheint fraglich. Bemerkenswerth ist, daß es immer noch Beamte giebt, die zu Flottenvereinen, Kolonialvereinen und ähnlichen auf enorme Reichsausgaben hinarbeitenden Gemeinschaften unentwegt Beiträge beisteuern. Leider müssen auch solche Beamten unter den Ausgaben für den Militarismus zu Wasser und zu Lande leiden, die derartige Bestrebungen nicht begünstigen.

Bei der Berathung über den Gesetzentwurf zur Beseitigung des Einführung des fliegenden Gerichtsstandes der Presse zeigte sich auf Seiten der Befürworter der Regierungsvorlage ein auffallender Mangel an Verständniß für die Bedürfnisse der Presse. Von den Rednern der freisinnigen Volkspartei und der Sozialdemokratie, den Abgeordneten Beckh und Heine, wurde dagegen mit Recht hervorgehoben, daß das Gesetz wegen der ausdrücklichen Festlegung des fliegenden Gerichtsstandes für Privatklagen eine Verschlimmerung der Lage der Presse sein würde. Die Berathung wird heute fortgesetzt.

Das Abgeordnetenhaus.

Die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses hat in ihrem Schlußresultat eine große Ueberraschung gebracht. Es handelte sich in diesem Falle um eine sogenannte cause célèbre. Die Fraktionen hatten sämmtlich ihre Mitglieder durch Telephon aus dem Reichstag

---

Nachdruck verboten.

Der Wildfang.

Roman eines Kindes von Gyp.

15)

(Schluß.)

In Antoinettes erhitzter Phantasie wurde die Tante zum Ungeheuer, die Szenen, das Geschrei, die Niedrigkeiten der seltsamen Frau, nahmen in ihren Augen unerhörte Dimensionen an. Alles Böse, das die Marquise ihr durch ihr absolut zügelloses Temperament zugefügt hatte, wurde zur berechneten und absichtlichen Bosheit. Gleichzeitig mit dem Hasse wuchs auch die Angst und sie zitterte bei dem Gedanken, daß sie an der Seite dieser Frau werde leben müssen. Es durchzuckte sie der Wunsch, entfliehen zu können, und dann fühlte sie sich wieder durch Vorwürfe gepeinigt. Konnte und durfte sie denn den Onkel Melanie so allein lassen? Ach ja, er brauchte nichts und niemand mehr, er konnte nicht mehr leiden!

Sie trat nochmals an das Lager des Todten heran und umarmte ihn.

„Wer nur gleich Dir sterben könnte, Onkel Melanie!" flüsterte sie leise. Dann verließ sie das Bibliothekzimmer, huschte die Treppe hinab, flog durch den Garten, sich zeitweise vorsichtig hinter Gebüschen verbergend, um nur ja nicht gesehen zu werden, und erreichte die Straße.

Es war inzwischen Mittagszeit geworden. Antoinette begegnete wenigen Leuten und kam in die Vorstadt, ohne gesehen zu werden. Sie schlug die Straße nach Saumur ein, wohin sie wollte, wußte sie eigentlich selbst nicht. Von einer Furcht getrieben, welche sie nicht zu besiegen im Stande war, floh sie dahin, ohne sich über das Ziel des tollen Laufes Rechenschaft abzulegen.

Es regnete. Durchnäßt, vor Kälte zitternd, dachte sie einen Augenblick daran, sich bei Doktor Chardin ein Obdach zu erbitten. Er war gut, trotz seiner rauhen Weise, er war der Freund ihres Vaters gewesen — aber nein — man suchte sie vielleicht schon, und wenn sie in die Stadt zurückkehrte, wurde sie wiedererkannt, in das Palais Champren zurückgeführt, nein, nur das nicht! Dann dachte sie an das Kloster St. Ignaz: ihr Vormund hatte sie den Nonnen anvertraut, die Nonnen waren somit verpflichtet, sie zu beschützen. Antoinette war so oft in der Gegend von Tourville umhergeritten, daß sie das Land gut kannte; wenn sie den Weg durch die Ebene einschlug, so brauchte sie kaum zwei Stunden, um nach dem Kloster zu gelangen. Sie beschloß denn auch, diesen Gedanken auszuführen, aber sie lief nicht mehr, denn sie fühlte, daß ihre Füße nachgaben, und im Kopf eine seltsame Empfindung der Leere entstand. Der Weg dünkte ihr endlos. Als sie endlich vor dem Gitterthore des Klosters anlangte, erwachte von neuem die Furcht in ihr, daß sie zu ihrer Tante zurückgeschleppt werden könne, und sie wagte nicht zu klingeln. Der Tag ging zur Neige, sie sagte sich, daß sie nicht auf der Straße schlafen könne, und suchte nach einem Mittel, um in den Park zu gelangen. Sie ging längs der Mauer hin, welche den Garten umfriedete, und blieb plötzlich überrascht und beinahe freudig bewegt vor der kleinen Thür stehen, welche nach den Wirthschaftsgebäuden führte, denn sie stand offen. Rasch trat sie ein und ging die große Platanenallee hinauf; es regnete noch immer und war recht kalt. Die Kleider klebten schon an Antoinettens Körper, mühselig schritt sie vorwärts. Zur Müdigkeit gesellte sich entsetzliches Kopfweh und heftige Schmerzen im Genick. Sie setzte sich an eine Platane und strich das Haar zurück, welches ihr über die Augen gefallen war. Sie sah nicht mehr klar und deutlich und hatte das Gefühl, als ob alle Bäume sich ihr zuwandten. Endlich schwanden ihre Kräfte vollständig.

Da sie nie im Leben krank gewesen war, empfand sie Schrecken über die Schmerzen, welche sie litt; sie legte sich auf den Boden und fragte sich, ob der Tod wohl in dieser Weise an die Menschen herantrete und ob sie sterben werde.

Dann, als sie sich vorstellte, wie sie mit zerrissenen Kleidern hier im Straßenkothe liege, gewann ihre spottlustige Natur noch ein letztes Mal die Oberhand und sie murmelte schlaftrunken:

„Was wohl meine Frau Tante für ein Gesicht machen würde, wenn sie die letzte der Champren in dieser elenden Lage sehen könnte?" Sie wurde schwächer und schwächer, konnte die Gegenstände, welche sie umgaben, nicht mehr unterscheiden, hegte aber in ihrem armen kleinen Kopfe doch noch allerhand Erinnerungen und sah einzelnen Kleinigkeiten in außerordentlicher Deutlichkeit vor ihrem geistigen Auge erstehen. Sie sah den Onkel Melanie im Sprechzimmer des Klosters zu St. Ignaz an dem Tage, an welchem er sie hierher geführt hatte. Sie erinnerte sich des Kampfes mit der Monvel und der Szene im Omnibus, sie erinnerte sich auch, wie Madame Lazarès sie zurückgeführt hatte, damals, als sie davon gelaufen und nach demselben Laubengang geeilt war, in dem sie jetzt lag. Es regnete damals wie heute. Madame Lazarès hatte halb Holzfandalen und einen rothen Schirm gehabt.

Plötzlich sah Antoinette über ihrem Haupte wieder den rothen Schirm und die große eckige Gestalt der guten Wirthschaftsschwester, sie sah, wie dieselbe sich zu ihr niederbeugte und wie am ersten Tage fragte:

„Antoinette, meine kleine Antoinette, was thun Sie denn hier?"

Der Anblick dieses ihr wohlwollenden, freundlichen Gesichtes gab dem Kinde wieder etwas Muth, es trachtete, sich aufzurichten, zu antworten, verfiel aber alsbald aufs neue in einen fast lethargischen Zustand. Mit halberstickter Stimme und irren Augen flüsterte sie:

„Mich verbergen — meine Tante sucht mich!"

Madame Lazarès hatte sich aufgerichtet und rief um Hilfe. Antoinette sah den Gärtner herbeieilen, sie fühlte, daß sie vom Boden aufgehoben wurde, daß man sie forttrug, daß ihr weniger kalt sei, aber die Bewegung erhöhte die Schmerzen in ihrem Kopfe, wenn auch der Gärtner, der ein gutmüthiger Mann war, sehr vorsichtig ging und sie deutlich hörte, wie er leise vor sich hinmurmelte:

„Arme kleine Nummer 93, was ihr nur zugestoßen sein mag?"

Der Gärtner kannte den Namen Antoinettes nicht, wohl aber ihre Nummer. Wie oft hatte er im Garten den Hut, die Schürze, die Handschuhe oder die Bücher gefunden, welche sie vergaß! Das stets zerstreute Kind ließ überall seine Sachen liegen und sobald der Gärtner irgend etwas aufhob, pflegte er sich zu sagen:

„Ich möchte wetten, daß es von Nummer 93 ist!"

Selten täuschte er sich, und in der nächsten Rekreationsstunde sah er dann meistens Antoinette, die athemlos dahergestürzt kam und ihn ängstlich fragte:

„Nicht wahr, Ambroise, Sie haben irgend etwas gefunden, was mir gehört?"

„Einen Gegenstand, der die Nummer 93 trägt, Fräulein?" pflegte er dann meistens zu fragen.

Neu eintretende Abonnenten erhalten den bereits erschienenen Theil dieses Romans auf Wunsch unentgeltlich nachgeliefert.

und durch Briefe aus dem Lande herbeigezogen. Das Haus war so stark besetzt, wie man es selten findet. Es handelte sich um den **Bahnhofsbau in Homburg.** Die Budgetkommission hatte die Position abgelehnt. Es lag ein Antrag Bachmann vor, welcher die Wiederherstellung der Regierungsvorlage auf Bewilligung der 5,4 Millionen Mark forderte. Dieser Antrag wurde bei drei Stimmenthaltungen mit 177 gegen 105 Stimmen **abgelehnt.** Das Gros der Majorität bestand aus der Mehrzahl der Deutschkonservativen, der Freikonservativen und des Zentrums, der Polen und einem Theil der Volkspartei. Die Minorität setzte sich zusammen aus den Nationalliberalen, der Freisinnigen Vereinigung und dem Rest der Volkspartei. In den Kreisen der Konservativen hat die Sache namentlich deswegen ein besonderes Aufsehen erregt, weil die „Köln. Ztg." den Beschluß der Majorität der Budgetkommission in dem Sinne auslegte, daß der Beschluß sich gegen die Krone richte. Ueberraschend war, daß der Vermittelungsantrag des Abgeordneten Krieger-Königsberg von der Volkspartei bei der Probe und Gegenprobe von der Majorität **angenommen** wurde.

Die bayerische Kammer der Abgeordneten nahm gestern den vielumstrittenen Artikel 14 des **Schulbedarfsgesetzes** an, nach welchem statt der bisherigen speciellen Dienstalterszulagen an die Volksschullehrer künftighin den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern Pauschalbeträge gezahlt werden sollen. Abgelehnt wurden die hierzu vorliegenden liberalen und sozialdemokratischen Abänderungsanträge, während der nun genehmigten Fassung des Artikels 14 der vom Kultusminister gebilligte **Zentrumsantrag** zu Grunde liegt.

Von der Krankheit der Königin Wilhelmina berichtet ein Bulletin vom gestrigen Nachmittage, der Zustand gebe keinen Anlaß zu besonderen Bemerkungen. Ob diese Mittheilung günstig oder ungünstig zu deuten ist, bleibt der Wahl jedes Theilnehmenden überlassen.

Aus Anlaß der Unruhen in Stockholm sind insgesammt 74 Personen verhaftet worden. Davon wurden 32 wieder in Freiheit gesetzt.

Zur belgischen Krisis wird aus Brüssel berichtet, daß dort und in den Nachbarorten die Arbeit fast allgemein wieder aufgenommen wurde. Im „Bassin du centre" arbeiten 40 Prozent wieder und auch im Bassin von Charleroi nehmen die Metall- und Glasarbeiter in großer Zahl die Arbeit wieder auf.

— **Die Verlobung des Fürsten von Reuß ä. L.** erfolgt Freitag Vormittag 9 Uhr in Ida-Waldhaus. Unter den ersten der zahlreich eingegangenen Beileidskundgebungen befand sich ein Telegramm des Kaisers.

— Der Landwirthschaftsminister **v. Podbielski** ist aus Hannover nach Berlin zurückgekehrt.

— Den Münchener Blättern zufolge begiebt sich **Prinz Leopold** als Vertreter des Prinzregenten zu den Krönungsfeierlichkeiten nach England.

— Dem deutschen Konsul **Franz Wolff** in Jacmel (Haiti) ist die erbetene Entlassung aus dem Reichsdienst ertheilt worden.

Deutscher Reichstag.

170. Sitzung vom 21. April.

Eröffnung 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend den **Servistarif** und die **Klasseneintheilung der Orte,** sowie Abänderung des Gesetzes, betreffend die Bewilligung von **Wohnungsgeldzuschüssen.**

Abg. **Hofmann**-Dillenburg (natl.): Mit dem neuen Servistarif sind wir im großen und ganzen einverstanden. Besonders freuen wir uns über die Berücksichtigung des platten Landes. Was zweitens die Besserung der Wohnungsgeldzuschüsse anlangt, so sind wir der Meinung, daß diese Bemessung nach anderen Grundsätzen erfolgen müßte als die Bildung der Servisklassen. Der Reichstag hat auch eine Resolution einstimmig angenommen, die eine solche Neuregelung verlangt. Trotzdem ist auch in dieser Vorlage wieder der alte Modus der Berechnung der Wohnungsgeldzuschüsse beibehalten. Ich kann im Namen meiner politischen Freunde erklären, daß wir das in der Vorlage angewandte Verfahren als ein dauerndes für unhaltbar ansehen und ablehnen werden. Wir fordern die prinzipielle Trennung von Wohnungsgeldzuschuß und Tarifklassen. Vielleicht wäre es angebracht, Dreiviertel der thatsächlich bezahlten Miethe zurückzuerstatten. Ein Fortschritt würde darin liegen, wenn der Wohnungsgeldzuschuß der Beamten mit und ohne Familie verschieden berechnet würde. Ich beantrage im Namen meiner Freunde die Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission oder eventuell an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. **Singer** (Soz.): Ich schließe mich dem Antrage auf Ueberweisung an die Budgetkommission an. Mit dem ersten Theil der Vorlage sind auch wir ganz einverstanden. Wir sind aber ebenfalls der Meinung, daß wir uns nicht mit der Versetzung einiger Orte in höhere Servisklassen und der Aufhebung der fünften Servisklasse begnügen können. Die Jagd nach dem Glück, in eine höhere Servisklasse zu kommen, wird eingeschränkt, wenn überhaupt vernünftige Wohnungsgeldzuschüsse existiren. Es ist charakteristisch für die Auffassung der Regierung, daß sie ein Gesetz, das vor 30 Jahren gemacht ist, noch heute für maßgebend hält. Sie scheint der Ansicht zu sein, daß sich seit 30 Jahren in Deutschland nichts geändert hat in den wirthschaftlichen Verhältnissen, nach denen doch ein vernünftiger Wohnungsgeldzuschuß berechnet werden muß. In Berlin, das eine Ausnahmestellung genießt, beträgt der Wohnungsgeldzuschuß nach der Vorlage für untere und mittlere Beamte 240 M. Die Regierung muß doch selbst wissen, daß diese Beamten von ihrem Gehalt unmöglich soviel zulegen können, um eine ihren Ansprüchen genügende Wohnung zu erhalten. Sie werden direkt auf das Halten von Schlafburschen hingewiesen, und die Schäden des Schlafstellenwesens brauchen wir ja heute nicht erst nochmals zu erörtern. Berlin genießt noch eine Ausnahmestellung, in den Städten der Provinz sind die Zuschüsse noch viel geringer. Ich frage Sie, wie sollen Unterbeamte in großen und mittleren Städten mit einem Wohnungsgeldzuschuß von 180 bis herab zu 72 M. auskommen? Eine Verbesserung wird nun darin gesucht, daß Orte aus der niedrigen in die höhere Servisklasse gerückt sind. Das ist aber gar nicht richtig. Der Wohnungsgeldzuschuß muß berechnet werden nach den wirthschaftlichen Verhältnissen. Die Zolltarifvorlage der Regierung wird ja hoffentlich verhindert werden, von den verrückten und habgierigen Forderungen des Bundes der Landwirthe ganz abgesehen. Die Regierung aber mußte, als sie die Servisvorlage machte, von der Annahme ausgehen, daß ihr Zolltarif Gesetz werden würde. Dann wäre die Folge eine Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel und damit zwingen Sie die Beamten, mehr Geld für die Ernährung auszugeben und es an der Wohnungsmiethe abzuknapsen. Weshalb ist aber die Vorlage so unzureichend? Weil wir Millionen und Abermillionen für Militarismus und Marinismus ausgegeben haben, und deswegen für Kulturzwecke kein Geld haben. Wünschenswerth ist noch die Gleichstellung einer Reihe Vororte und Badeorte mit Berlin. Dort sind die Wohnungsmiethen, wenn auch nicht theurer, so doch mindestens ebenso hoch wie in Berlin. Hierzu rechne ich auch noch die Industriezentren. Dort besteht ein Wohnungsmangel und die Folge ist die Steigerung der Miethspreise. Ich hoffe, daß in der Kommission sich die Möglichkeit finden wird, die großen Mängel, an denen die Regierungsvorlage leidet, zu beseitigen. (Bravo! bei den Soz.)

Schatzsekretär **Frhr. v. Thielmann:** Als der Zuschuß eingeführt wurde, war man sich klar darüber, daß es nur ein Zuschuß sein sollte. Gegenüber den Ausführungen der beiden Vorredner möchte ich an etwas erinnern, was von ihnen nicht berührt worden ist, nämlich, daß wir seit der ersten Vorlage betr. den Wohnungsgeldzuschuß unserer Beamten eine Reihe Zulagen in den verschiedensten Formen gewährt haben, so z. B. in Gehaltserhöhungen. Die Finanzlage des Reiches hat sich sehr ernst gestaltet und wird sich in diesem Jahre noch ernster gestalten. Ich möchte Sie bitten, auch dieses Moment in Ihren Berathungen nicht unberücksichtigt zu lassen.

Abg. **Richter** (freis. Vp.): Wenn die Regierung nicht gründlicher reformiren wollte, als es die Vorlage thut, weshalb hat sie dann die großen Enqueten veranstaltet, die statistischen Erhebungen? Es wird im ganzen eine Erhöhung um 681 000 M. verlangt. Das beträgt im Verhältniß zu der Gesammtsumme des Wohnungsgeldzuschusses 2 Prozent, rechnet man den Servis mit dazu, ganz und gar, nur 1 Prozent. Das ist noch nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Mit großer Entschiedenheit ist soeben vom Schatzsekretär betont worden, es sollte ja nur ein Zuschuß sein. Was man aber dann verlangen kann, ist, daß der Zuschuß heute denselben Prozentsatz von der Miethe darstellt wie 1873. (Sehr richtig! links.) Nun machte der Staatssekretär auf die Erhöhung der Gehälter aufmerksam. Gewiß, das ist nicht zu bestreiten. Aber durch den Wohnungsgeldzuschuß sollen doch die Ungleichheiten beseitigt werden, die sich für dieselben Beamtenklassen aus der Verschiedenartigkeit der Theuerungsverhältnisse in den einzelnen Orten ergeben. Man verweist uns nun auf die finanzielle Lage. Auf anderen Gebieten aber läßt doch diese finanzielle Lage die Verwirklichung aller möglichen Projekte zu. Die Unterhaltung der Besatzung in China kostet uns nahezu so viel wie der ganze Wohnungsgeldzuschuß für die Beamten. Unsere ganze Weltpolitik steht im Widerspruch zu der finanziellen Lage. Je mehr der Blick in nebelhafte Fernen hinausschweift, desto mehr verliert man die Augen für die nächstliegenden Regionen. Unsere Politik erinnert mich an einen Mann, der im seidenen Gewande einher stolzirt und darunter ein zerrissenes Hemd trägt. (Heiterkeit.) — Die Hauptschuld, daß wir zu keiner richtigen Normirung der Wohnungsgeldzuschüsse kommen, liegt an der unglücklichen Verquickung von Wohnungsgeldzuschuß und Servis. (Sehr richtig! links.) Die Offiziere haben auf diese Weise einen zweifachen **Vortheil** von der Versetzung ihres Wohnortes in eine höhere Servisklasse. — Mit der Ueberweisung an die Budgetkommission sind wir einverstanden. Dieser Kommission liegt zur Zeit auch die Vorlage betr. eine Reichsgarantie für eine Bahn in Ostafrika von Dar-es-Salaam nach Mrogoro vor. Dort werden für 87 Jahre pro Jahr 700 000 M. gefordert. Diese Vorlage verlangt nur 681 000 M. Wenn man jene 700 000 M. wenigstens vorläufig spart, könnte man hier schon das Doppelte einsetzen. Die Beamten wünschen dringend eine solche Aufbesserung, während den Schwarzen in Afrika wenig an der Bahn gelegen ist (Heiterkeit) höchstens liegt diese im Interesse einiger Mitglieder der Kolonialgesellschaft. — Uebrigens sind zu dem neuen Servistarif über 400 Anträge eingegangen. Man wird also damit rechnen müssen, daß, wie die Zolltarifkommission für den Sommer in Permanenz erklärt werden soll, sich auch die Budgetkommission wird in Permanenz erklären müssen, um mit dieser Vorlage bis zum 1. Oktober fertig zu werden, zumal die Zollkommission einen Vorsprung von 45 Sitzungen hat.

Abg. Graf **Roon** (kons.): Auch wir sind für eine Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Staatssekretär Graf **Posadowsky:** Der Vorschlag des Herrn Hofmann, die verheiratheten Beamten vor den unverheiratheten zu bevorzugen, erinnerte mich an den Zensor Witekind, der schon lange vor Christi Geburt die Staatsbürger zum Heirathen zwingen wollte.

Abg. Dr. **Bachem** (Ztr.): Der vorliegende Tarif ist nicht geeignet, eine dauernde Regelung herbeizuführen. In drei großen Städten liegen die Verhältnisse besonders mißlich. Köln, Breslau und Leipzig müssen nun endlich in die Servisklasse A. Im übrigen ist die Besserung eine zwar fühlbare, aber durchaus ungenügende. Es bleibt uns nichts übrig, als die Vorlage wieder der Budgetkommission zu überweisen, was ich hiermit beantrage.

Abg. **Lenzmann** (freis. Vpt.): Für den Westen paßt die ganze Klasseneintheilung nicht. Wir haben im Westen Städte mit weniger als 4000 und 5000 Einwohnern, die eben solche Theuerung und Wohnungsnoth haben, wie Städte mit 40 000 und 50 000 Einwohnern. Die Städte im Westen haben kolossale Lasten, sie zahlen auch den Kommunalbeamten viel höheres Servis, wie das Reichs. Hagen ist in die erste Klasse eingereiht. Eidenschwid, Herkelenz, Altena gehören aber auch in die erste Klasse, sie sind nicht hineingekommen wegen ihrer Einwohnerzahl, obwohl sonst dieselben Verhältnisse bestehen, wie in Hagen.

Abg. **Hoffmeister** (frs. Vgg.): Ich schließe mich dem Antrage auf Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission an. Die Grundsätze der Vorlage sind falsch. Die Berechnung nach der Einwohnerzahl führt zu großen Ungerechtigkeiten. Die Festungsstädte, insonderheit Glogau, sind nicht genügend berücksichtigt worden.

Hiermit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird der **Budgetkommission überwiesen.**

Es folgt die erste Berathung des Entwurfs eines **Gesetzes betr. den fliegenden Gerichtsstand der Presse** (Abänderung des § 7 der Strafprozeßordnung). Nach der Vorlage soll § 7 der Strafprozeßordnung folgende Fassung erhalten:

§ 7. „Der Gerichtsstand ist bei demjenigen Gerichte begründet, in dessen Bezirk die Diktatur Handlung begangen ist.

Wird der Thatbestand der strafbaren Handlung durch den Inhalt einer im Inland erschienenen periodischen Druckschrift begründet, so ist als das nach Absatz 1 zuständige Gericht nur dasjenige Gericht anzusehen, in dessen Bezirk die Druckschrift erschienen ist. Jedoch ist in den Fällen der Beleidigung, sofern die Verfolgung im Wege der Privatklage stattfindet, auch das Gericht, in dessen Bezirk die Druckschrift verbreitet worden ist, zuständig, wenn in diesem Bezirk die beleidigte Person ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat."

Staatssekretär **Nieberding:** Um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß ich übrigens erklären, daß die Regierung sich den früher geäußerten Wünschen des Reichstags nur unbequem hat, ohne sich seine Anschauungen zu eigen zu machen. Zugegeben ist, daß der gegenwärtige Zustand hier und da Ungleichheiten für die Presse haben kann, aber die Rücksichten auf die Presse allein können nicht maßgebend sein.

Abg. Dr. **Esche** (nat.-lib.): Die Vorlage ist nur von deklaratorischem Werth, sie schafft kein neues Recht, kann also auch niemals als ein Privileg für die Presse aufgefaßt werden. Die Ausnahme, welche die Vorlage für Privatklagen wegen Beleidigung vorsieht, halte ich für durchaus glücklich. Dem Beleidigten muß daran liegen, daß in seinem Wohnorte, wo das Schriftstück verbreitet worden ist, der Thatbestand der Beleidigung festgestellt wird. Dagegen bedauere ich es sehr, daß auch durch die Vorlage noch kein einheitlicher Gerichtsstand geschaffen wird. Eine Kommissionsberathung halte auch ich für nicht angebracht.

Abg. **Beckh**-Koburg (freis. Volksp.): Wir wollen, daß der Gerichtsstand ausschließlich bei demjenigen Gerichte begründet ist, in dessen Bezirk die strafbare Handlung begangen ist. Wenn auf einer Druckschrift der Druckort nicht angegeben ist, ist allerdings der Entwurf der Regierung nicht ausreichend. Es wird aber dann

---

„Ja, Ambroise, ja, ich danke! Ach, ich verliere immer alles!" Lachend lief sie davon.

Als der Gärtner, von Madame Lazarès gefolgt, das Kind in den Armen tragend, durch den Kreuzgang schritt, begaben sich die Kinder gerade in das Refektorium. Madame Lazarès sprach einige Worte zu der Klosterfrau, welche die Kinder begleitete, und Antoinette, welche mit geschlossenen Augen dalag, hörte, wie ein bedauerndes Gemurmel durch die Reihen ging.

„O, Du lieber Himmel, die arme Petit bleu, was ist ihr geschehen? Richtig, heute hat sie sich noch garnicht gezeigt, sie ist in den Weiher gefallen."

„Ach, nein!"

„Ja, seht doch nur, sie ist ja triefnaß!"

„Petit bleu hat sich ertränkt."

Es waren dies die letzten Worte, welche Antoinette vernahm; ihre Schläfen hämmerten ganz unerträglich, ihre Kehle war wie ausgetrocknet, die Zähne klapperten, sie warf den Kopf ein paarmal hin und her, dann verlor sie die Besinnung.

Inmitten eines Stimmengewirres, in welchem sie die Stimme des Doktors Chardin erkannte, kam sie wieder zur Besinnung.

„Das ist ein Anfall von Meningitis! Wann haben Sie das Kind gefunden?"

„Gestern um sieben Uhr Abends", antwortete Madame Lazarès, „ich kam vom Meierhofe zurück und schritt beinahe über sie dahin; sie lag im Laubengange mit weit offenen Augen, ohne nach irgend jemand zu rufen, ohne über etwas zu klagen."

„Der Schmerz, den ihr der Tod des armen Laubourg verursachte, die Furcht, mit ihrer liebenswürdigen Tante allein zu bleiben, der weite Weg, den sie im Regen zurücklegte, — all' dies hat eine Meningitis herbeigeführt — sie muß sieben Stunden gegangen sein, denn um zwölf Uhr Mittags schon verschwand sie."

Nach einer längeren Pause rief der Doktor hastig:

„Ach, dieses Ungeheuer von einer Tante, wenn ich nur die unter meiner Faust halten könnte!"

Und zu den Klosterfrauen gewandt fügte er hinzu: „Verzeihen Sie, meine Damen, ich bin dermaßen wüthend, daß es mir unmöglich ist, höflich zu bleiben!"

Antoinette regte sich nicht, trotz ihrer furchtbaren Schmerzen empfand sie ein Wohlbehagen, fühlte sie, daß sie von Freunden umgeben war, die nicht daran dachten, sie ihrer Tante ausliefern zu wollen. Sie konnte in Frieden sterben, ohne die verhaßte, zänkische Stimme der Tante zu hören, ohne ihren langen Hals, ihre mit Ringen bespickten, dürren Finger zu sehen, — vertrauend und ruhig lag das Kind da.

„Arme Kleine", fuhr der Doktor fort, „gestern früh noch beschwor sie mich, nicht fortzugehen, sie nicht zu verlassen, und ich habe ihr nicht gefolgt! — Auf ein solches Ereigniß war ich aber, bei Gott, nicht gefaßt!"

Um seinen Schmerz zu verbergen, fügte er ärgerlich hinzu: „Bei diesen verteufelten Frauen muß man aber auch auf Alles gefaßt sein, sie sind noch Kinder und finden schon Mittel und Wege, uns wehe zu thun!"

„Ist sie verloren, Doktor?" fragte die Oberin ängstlich. „Wird sie nicht mehr zur Besinnung kommen?"

„Vielleicht, aber damit ist nichts geholfen! Hochwürdiger Herr," sagte er dann zu dem Priester, der eben eintrat, „Sie mögen ihr immerhin die letzte Oelung ertheilen!"

Antoinette hörte Alles, sie litt mit einem Male viel weniger. Der stechende Schmerz hatte aufgehört, sie fühlte nur noch einen Druck, es war ihr, als ob ihr Kopf voll Wasser sei. Sie fand das aber angenehm und dachte, indem sie im Geiste das fahle Antlitz ihres Onkels vor sich sah und seinen schweren Athem hörte: Der arme Onkel Melanie hat viel ärger gelitten.

In diesem Augenblicke faßte Doktor Chardin nach ihrer Hand und sprach:

„Sie fängt schon an, kalt zu werden, schade dieses Kind war aus ganz eigenem Schrot und Korn!"

Da schlug Antoinette die Augen auf. Sie wollte wissen, wo sie sei, und denjenigen danken, welche an ihr Antheil nahmen. Sie erkannte sofort, daß sie sich in der Zelle Madame Lazarès befände, ein heller, sonniger, freundlicher Raum, an ihrem Bett standen die Oberin, Madame Lazarès, der Arzt und der Beichtvater des Klosters.

Ganz glücklich darüber, daß das Kind die Augen aufschlug, fragte jene zärtlich:

„Nun, Kleine, wie geht es Dir?"

Die sonst so peinlich gekleidete Mutter Lazarès hatte heute ihr Kreuz auf der Schulter und die Haube auf dem rechten Ohr. Antoinette fing zu lachen an, dann wies sie mit dem kleinen weißen Finger nach dem Himmel, den man durch das offenstehende Fenster sah, und, indem sie die Augen zum letzten Mal schloß, flüsterte sie mit ersterbender Stimme:

„Ich gehe nun zu dem blauen Himmel — auch ich werde ein Blauchen."

Graf Tolstoi muß, wie das „Berl. Tagebl." aus Petersburg erfährt, wiederum das Bett hüten, weil ein Rückfall eingetreten ist. Die linksseitige Lungenentzündung ist noch nicht ganz gehoben; auch leidet der Graf sehr durch quälende Schlaflosigkeit. Gorkis Zustand zeige dagegen eine leichte Besserung.

„Die heilige Familie", das weltberühmte Gemälde von Rubens, ist, wie aus Newyork gemeldet wird, für 50 000 Dollars von dem Newyorker Millionär J. H. Smith angekauft worden, der es dem städtischen Museum in Newyork zum Geschenk gemacht hat.

Eine internationale Ausstellung der Kunst und des Friedens soll im Saal der geographischen Gesellschaft zu Lissabon im Monat Mai stattfinden. Ein Komitee, an dessen Spitze Dr. Magalhaes Lima, der Präsident der portugiesischen Friedensliga, steht, fordert alle Männer und Frauen auf, deren Ideale die Liebe, der Friede, die Kunst und Barmherzigkeit sind, ihre Photographien einzusenden. Diese sollen dann, um weiße Friedensfahnen gruppirt, die internationale Ausstellung bilden.

Der reichste Mann der Welt. Wie aus Newyork geschrieben wird, soll der Gesundheitszustand John D. Rockefellers, des Gebieters des Standard Oil Trusts, dessen Vermögen auf 250 bis 300 Millionen Dollars geschätzt wird, ein recht schlechter sein. Es ist bekannt, daß Rockefeller seit Jahren an hochgradiger Dyspepsie leidet, eine Krankheit, welche bei ihm so stark auftritt, daß dieser reichste Mann der Welt viel weniger vom Leben genießen kann als der ärmste Tagelöhner. Vor Kurzem hat der Patient das ganze Kopfhaar verloren, und wird jede Sekunde seines Daseins von seinen Aerzten überwacht und seine Lebensweise streng nach medizinischen Grundsätzen geregelt. Die Aerzte verordneten ihm schwere anstrengende Arbeit. In Tarrytown, woselbst der herrliche Landsitz des Multi-Millionärs liegt, verbrachte er die Sommermonate wie ein Schweiße seines Angesichts arbeitender Tagelöhner, zumeist mit Holzhacken und Steinführen, ein Programm, das er seit mehreren Jahren mit pünktlicher Genauigkeit durchgeführt hat. Von Jahr zu Jahr wurde die Auswahl seiner Speisen stets beschränkter und der Krösus, dem alle Genüsse der Welt zur Verfügung stehen würden, darf schon seit 1½ Jahren nichts genießen als abgerahmte, hauptsächlich saure Milch und alte Brotrinden. Er darf nicht rauchen, und ist sein einziges Getränk abgestandenes Sypphonwasser, denn kaltes Wasser kann er unter keiner Bedingung vertragen. Um 8 Uhr Abends muß er zu Bette gehen, er darf sich keinerlei Aufregung oder Kränkung aussetzen und muß über 10 Stunden im Tage schwer arbeiten und sich Bewegung verschaffen.

Neue Bücher und Schriften.

J. G. Wallisch. Hast du gebetet, mein Kind? Lied für eine Singstimme mit Pianoforte-Begleitung. 1.20 M. Berlin. Immanuel-Verlag. Auslieferung: Berlin, Paul Fischer, Musikalienhandlung.

seitens der Polizei eingeschritten und es ist dadurch die Möglichkeit gegeben, daß die diesbezüglichen Strafrechtsparagraphen angewendet werden. Wir sind gegen die Kommissionsberathung und werden in der zweiten Lesung eine Reihe von Abänderungsanträgen stellen. Der vorliegende Entwurf entspricht den Bedürfnissen in keiner Weise und es wäre besser, alles bliebe beim Alten, als wenn dieser Entwurf Annahme finden würde. (Bravo! links.)

Staatssekretär **Nieberding:** An eine Abänderung der Vorlage durch den Reichstag haben die verbündeten Regierungen gar nicht gedacht, da sie lediglich einen Beschluß des Reichstags bei der zweiten Lesung der Strafprozeßnovelle aufgenommen haben.

Abg. Dr. **Oertel** (kons.): Die Mißstände, welche der fliegende Gerichtsstand zur Folge hatte, sind ja so bekannt, daß ich nicht ausführlich darauf einzugehen brauche. Ich bin der Meinung, daß der zweite Satz in der That von der Presse als Ausnahmebestimmung empfunden werden muß, wenn er es auch nicht ist, es ist vielmehr nur eine beschränkte Wiederherstellung des geltenden Zustandes.

Wenn einerseits anerkannt werden muß, daß mit Beleidigungsklagen gegen die Presse grade zu frivol vorgegangen wird, kann auch andererseits nicht geleugnet werden, daß der Beleidigte ein großes Interesse daran hat, an seinem Wohnorte rehabilitirt zu werden.

Abg. **Heine** (Soz.): Ich halte es für besser, wenn der Entwurf, der uns vorliegt, nicht angenommen wird, denn er schadet mehr, als er nützt. Die Rechtsprechung des fliegenden Gerichtsstandes ist einfach gesetzwidrig. Diese ganze Judikatur hängt mit der grenzenlosen Ausdehnung des dem Thäter strafrechtlich zuzurechnenden Weiteres von Handlung und Wirkung zusammen. Es herrscht die Tendenz, den Moment des Beginns einer strafrechtlich zu verfolgenden Handlung möglichst weit nach vorn zu schieben und andererseits das Ende des Delikts möglichst weit hinauszuschieben. Bei dieser Lage der Dinge ist es auch möglich gewesen, auch den dolus eventualis in die Praxis einzuführen. Glücklicherweise hält die öffentliche Meinung Preßdelikte überhaupt nicht für Delikte, sondern ihre Verfolgung nur für die Unterdrückung einer anderen Uebergangung. Nehmen wir diesen Entwurf an, so verewigen wir den Grundsatz; der gefährt hat zur Anwendung des dolus eventualis, des fliegenden Gerichtsstandes und zur Aufhebung der Verjährung. Die Schaffung eines ausschließlich für Preßdelikte bestimmten Forums wird von einer gewissen Seite als Begünstigung der Presse bezeichnet und fast jeder Redner hat sich dagegen verwahrt, als oder etwa die Presse begünstigen wollte. Es handelt sich aber gar nicht um eine Begünstigung, sondern nur um die Beseitigung eines Zustandes, der die Presse schlechter stellt als jeden anderen. Warum aber soll man die Presse nicht begünstigen? Es giebt ja Leute, die wenigstens im Ausland die Journalisten den kommandirenden Generalen gleichstellen, und wenn man die Presse, die sich zur Verherrlichung von Prinzenreisen, von loyalen Demonstrationen u. s. w. hergiebt, begünstigt, warum soll man nicht auch die ernste Schriftstellerei begünstigen? Auf der öffentlichen Kritik beruht die Gesundheit des Volkskörpers.

Die Nothwendigkeit, auch die nicht periodische Presse in diese Vorlage aufzunehmen, ist schon betont worden. Es giebt in der That keinen vernünftigen Grund dagegen. Kammergerichtsrath Kronecker, Oberlandesgerichtspräsident Hamm und der 25. Juristentag haben ebenfalls in diesem Sinne votirt. Für ebenso zwecklos halte ich die Exception der Privatklage; ein großer Theil dieser Klagen ist die reine Chikanie. Wir haben gar keinen Anlaß, hier eine Ausnahmebestimmung zu Gunsten der Privatklagen zu machen. Auf eine loyale Auslegung des Reichsgerichts darf man auch nicht hoffen, dazu giebt uns die bisherige Praxis dieses Gerichts leider keine Veranlassung. Das ganze Gebiet der Beleidigungen bliebe auf jeden Fall unter dem fliegenden Gerichtsstand, denn das Reichsgericht hat sich stets auf den Standpunkt gestellt, daß es bei jeder Beleidigung bei der Strafbarkeit nicht nur auf den Inhalt, sondern auch darauf ankommt, ob die beleidigende Schrift oder Aeußerung zur Kenntniß eines Dritten gekommen ist. — Wie nothwendig es ist, für die Beschlagnahme einer Druckschrift ein bestimmtes Forum zu begründen, beweist ein in der Schrift meines Parteigenossen Kunert „die heilige Rehme des Militärismus" angeführter Fall. Danach wurde ein Soldat wegen Verbreitung einer Druckschrift vom Militärgericht zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt. Von keiner Polizeibehörde oder Staatsanwaltschaft war bisher Anklage erhoben. Das Militärgericht sah aber in dem Zitat: „Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht, vor dem freien Manne ergittere nicht", den Thatbestand der Aufreizung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Sowie das Gesetz vorliegt, können wir es nicht annehmen. Das wäre in prinzipieller Beziehung ein verhängnißvoller Rückschritt. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. **Jessen** (Däne): Wir Dänen sind an die merkwürdigsten Auslegungen der Gesetze gewöhnt, auch beim Gerichtstand. So ist ein anderer Gerichtshof gewählt worden, um die Verurtheilung eines Mannes wegen groben Unfugs zu mehreren Wochen Haft herbeizuführen. Redner erklärt sich im Weiteren gegen die Ausnahme, die die Vorlage für die Privatklage wegen Beleidigung macht. Als der Redner wieder auf die allgemeine Ausnahmebehandlung der Dänen durch die Rechtsprechung eingeht, unterbricht ihn der Präsident Graf **Ballestrem:** Ich muß den Redner bitten, keine allgemein politische Rede zu halten. Das können Sie thun beim Budget — im nächsten Jahre. (Stürmische Heiterkeit.)

Als Redner seine allgemeinen Ausführungen zu Ende führen will, ruft ihn der Präsident zur Sache, und der Redner verläßt die Tribüne.

Die Weiterberathung wird sodann auf Dienstag 1 Uhr vertagt. Außerdem Bericht der Geschäftsordnungskommission über die Genehmigung zur Einleitung von Privatklageverfahren gegen die Abgg. Ulrich und Fischer-Sachsen. Zweite Berathung der Novelle zum Schaumweinsteuergesetz.

Schluß 6¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

64. Sitzung vom 21. April.
(Schluß.)

Ein Antrag auf namentliche Abstimmung auch über den Antrag Dr. Krieger (fr. Vpt.) findet nicht die genügende Unterstützung.

Bei der namentlichen Abstimmung über den nationalliberalen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsforderung stimmen im ganzen 285 Abgeordnete; davon mit „Ja" 105 (Nationalliberale, freisinnige Vereinigung, ein Theil der freisinnigen Volkspartei und der größte Theil der Freikonservativen), mit „Nein" 177 (Konservative, eine Minorität der Freikonservativen, Zentrum und Polen). Die Forderung ist also abgelehnt. Drei Abgeordnete enthalten sich der Stimme.

Der Antrag Dr. Krieger (fr. Vpt.) wird darauf nach Probe und Gegenprobe vom Vizepräsidenten Dr. Kraude für angenommen erklärt. (Große Unruhe auf allen Seiten des Hauses.) Dafür erheben sich die beiden freisinnigen Parteien, die Nationalliberalen und der größte Theil der Freikonservativen, dagegen die Konservativen, eine Minderheit der Freikonservativen, das Zentrum und die Polen. Es wird also für die vorbereitenden Bauarbeiten und für die Grunderwerbskosten eine Million bewilligt und die oben wiedergegebene Resolution angenommen.

Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Das Haus tritt darauf in die vorhin zurückgestellte Generaldebatte zum Eisenbahnetat ein.

Abg. **Kirsch** (Zentr.) verlangt freie Fahrkarten für die Abgeordneten zur Düsseldorfer Ausstellung.

Darauf wird die Berathung abgebrochen.

Präsident **von Kröcher** theilt mit, daß zum Kultusetat ein Antrag Graf Limburg-Stirum - Dr. Porsch eingegangen sei, wonach die Forderung von 150 000 M. für die Technische Hochschule in Danzig um 10 000 M. gekürzt werden und diese 10 000 M. zu vorbereitenden Arbeiten für die Errichtung einer Technischen Hochschule in Breslau verwandt werden sollen. Dieser Antrag müsse zunächst an die Budgetkommission gehen. Um die Etatsberathung nicht aufzuhalten, schlage er vor, ihn gleich heute im Plenum zu berathen und alsdann an die Budgetkommission zu verweisen.

Abg. Dr. **Sattler** (nl.) widerspricht diesem Vorschlage.

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.) erklärt, der Antrag sei in Uebereinstimmung mit dem Kultus- und dem Finanzministerium gestellt worden, um die für eine technische Hochschule in Breslau geziehenen 2 Millionen zu sichern.

Präsident **v. Kröcher** beraumt die nächste Sitzung an auf Dienstag 11 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der dritten Etatsberathung, und zwar an erster Stelle die betreffende Position des Kultusetats mit den dazu gestellten Anträgen.

Parlamentarische Nachrichten.

, Der Gesetzentwurf, betreffend den **Gebührentarif für den Kaiser Wilhelms-Kanal** ist dem Reichstage zugegangen.

Die Ermordung des Rittmeisters v. Krosigk vor dem Ober-Kriegsgericht.

Vierter Tag der Verhandlung.
(Schluß).

Zeuge **Bandilla** erklärte noch: Nachdem er sein Pferd abgestellt hatte, sei er in die Reitbahn zurückgegangen. Er sei zuerst aus der Reitbahn getreten und habe sofort den Vorfall dem Unteroffizier Domning mitgetheilt. Die genaue Zeit, zu welcher der tödliche Schuß fiel, könne er nicht angeben. Sergeant **Konrad** bekundet, er sei am 21. Januar Nachmittags Wachthabender gewesen. Die Posten wurden alle zwei Stunden abgelöst. Wer von 3 bis 5 Uhr Nachmittags auf Posten stand, könne er nicht mehr sagen. Er habe Zivilpersonen auf dem Kasernenhofe nicht gesehen, ob solche dagewesen, könne nur der Posten wissen. Nachdem das Verbrechen geschehen war, sei der Befehl gegeben worden, den Kasernenhof abzusperren. Er habe keine Zivilperson die Kaserne verlassen sehen. — Präs.: Wenigstens nicht auf dem ordnungsmäßigen Ausgange. — Zeuge: Jawohl.

Vertheidiger Rechtsanwalt **Horn:** War auch der Ausgang zu dem Kasinogarten zugesperrt? — Zeuge: An diesem Abend allerdings. — Präs.: Sonst ist die Pforte zum Kasinogarten geöffnet? — Zeuge: Jawohl, bis 9 Uhr Abends. — Dragoner **Schone**, der am 21. Januar auf Posten gestanden hat, bekundet, daß er an jenem Abend Zivilpersonen nicht gesehen habe. Als der Mord geschah, habe er nicht Posten gestanden, sondern sei in der Wache gewesen. — Gefreiter **Rimpus** erklärt: er habe am 21. Januar von drei bis fünf Uhr am Thor 1 Posten gestanden. Es seien

4 Personen durch das Thor gekommen

und in das Kantinenhaus gegangen. — Präs.: Durften Sie diese denn passiren lassen? — Zeuge: Nein. — Präs.: Weshalb haben Sie sie nicht gehindert? — Zeuge: Das war nicht in meinem Bereich. — Präsident: Es war Ihnen genau angegeben, wie weit Sie zu gehen hatten? — Zeuge: Jawohl. — Präs.: Waren die Zivilpersonen vielleicht Militärbeamte? — Zeuge: Das weiß ich nicht. Die Gefreiten Sinder und Vogel bekunden übereinstimmend, daß sie, als sie am 21. Nachmittags Posten standen, Zivilpersonen auf dem Kasernenhofe nicht gesehen haben. Dasselbe bekunden der frühere Dragoner, jetzige Landwirth Westphal und der Unteroffizier Elendt. — Unteroffizier **Elendt** bemerkt, er habe am 21. Januar als Gefreiter Posten aufgeführt. Es seien nur zwei Posten am Thor 1 und 2 aufgestellt gewesen. An der

Pforte im Bretterzaun

habe kein Posten gestanden. — Präs.: War diese Pforte offen? — Zeuge: Nein, sie war vernagelt. — Präs.: War die Pforte auch am Tage des Mordes vernagelt? — Zeuge: Ich glaube, sie war immer vernagelt. — Präs.: Es konnte also auch keine Zivilperson durchgehen? — Zeuge (zögernd): Ich weiß nicht, manchmal war sie auch nicht vernagelt. (Heiterkeit.) — Präs.: Ob die Pforte am Tage des Mordes vernagelt war, wissen Sie nicht? — Zeuge: Nein. Gutsbesitzer Modelke habe jemanden in der Kaserne besucht und ungehindert ein- und ausgehen können. Er habe gegen 12 Uhr Mittags die Kaserne verlassen.

Konditor **Damaecke** bekundet: Am 21. Nachmittags habe er den Zuschneider Kabliczky in der Kaserne besucht und sei ungehindert hinein- und herausgekommen. Einige Unteroffiziere brachten die Nachricht von dem Morde in sein Lokal. Es wurde gesagt, der Rittmeister habe vielleicht den blauen Brief erhalten und wollte deshalb unter seinen Dragonern sterben. Auf der Straße sprangen die Dragoner vor Freude in die Luft und riefen: „Hurrah, morgen wird Begräbniß gefeiert". Der alte Wachtmeister Marten, der auch hinzukam, stellte die Leute deshalb zur Rede und sagte: „Es ist eine Schande für die ganze deutsche Armee, daß ein solches Verbrechen vorgekommen ist." — Waffenmeister **Dueter** hat am 21. Nachmittags, als der Mord schon geschehen war, den Wachtmeister Buckpesch in der Kaserne besucht. Es wurde ihm damals mitgetheilt, der Rittmeister habe sich erschossen. — Kutscher **Küttig**, der früher zu Marten's Bereit gehörte, bekundet, daß Marten auch außerdienstlich das Pferd Isidor geritten habe.

Nach weiteren unwesentlichen Zeugenvernehmungen wird gegen 1¼ Uhr die Verhandlung auf Nachmittags 5 Uhr vertagt.

In der Nachmittagssitzung wird der Pächter der hiesigen Infanteriekantine **Schenk** als Zeuge vernommen. Dieser bekundet, das Dienstmädchen Anna Sternberg habe bei ihm gedient. Sie habe einen Dragonergefreiten zum Bräutigam gehabt. — Präs.: Dann war es aber nicht Skopeck, der war damals noch nicht Gefreiter. Hat das Mädchen über Skopeck gesprochen? — Zeuge: Ich glaube, genaues weiß ich nicht zu sagen. — Präsident: Skopeck soll einmal gesagt haben: es kommt mir nicht darauf an, einen Meineid zu leisten; ob ich ein paar Jahre eher oder früher sterbe, ist mir gleichgiltig. — Zeuge: Es ist möglich, daß er das gesagt hat, ich weiß es aber nicht. Kasernenwärter **Hartel:** Vor dem Morde sei die Pforte am Bretterzaun vernagelt worden, sie sei aber doch meist offen gewesen. Erst nach dem Morde sei die Pforte mit eisernen Bändern zugenagelt worden. — Präs.: War die Pforte vor dem Morde offen? — Zeuge: Ob sie am Tage des Mordes aufstand, kann ich nicht mit Bestimmtheit sagen, am Tage vor dem Morde stand sie jedenfalls auf.

Unter allgemeiner Spannung wird sodann Kriminalkommissar Walter v. **Bäckmann** vom Berliner Polizeipräsidium als Zeuge aufgerufen. Dieser bekundet auf Befragen des Präsidenten, er sei am 25. oder 26. Januar auf Requisition des Kriegsministeriums nach Gumbinnen gekommen und fährt fort: Ich stellte sehr bald fest, daß Skopeck und Marten der That dringend verdächtig seien. Bald kam ich aber zu der Ueberzeugung, daß Skopeck nicht der Thäter, wohl aber ein sehr wichtiger Zeuge sei. Marten schien mir aber sehr verdächtig.

Vertheidiger Rechtsanwalt **Horn** stellt aus den Akten fest, daß v. Bäckmann am 27. Januar nach Gumbinnen gekommen sei. — v. Bäckmann giebt dies zu und bemerkt weiter: Ich stellte zunächst fest, daß Skopeck in allen Einzelheiten die Wahrheit gesagt. Es ist mir nun von mehreren Seiten die Möglichkeit zugegeben worden, daß Skopeck doch im Krümperstall war, als der Schuß fiel. Skopeck erzählte mir, er hätte etwas früher, als er eigentlich durfte, in der Schmiede Feierabend gemacht. Als er an der Reitbahn vorüberging, habe er zwei Leute mit steifen Mützen an dem Gucklock stehen sehen. Da er diese für Vorgesetzte hielt und keinen Anschauger haben wollte, sei er in den Krümperstall gegangen. Als er grade den Krümperstall verlassen wollte, habe er einen scharfen Schuß gehört. Er sei an das Gucklock gelaufen und habe den Rittmeister blutend an dem Erdboden liegen sehen. Er sei sofort in den Krümperstall zurückgelaufen und habe dort erzählt, was er gesehen habe. In diesem Augenblicke sei ein Mann in den Krümperstall gekommen, habe die Hände in die Höhe gehoben und gerufen: Anspannen! Anspannen! Es war für mich ein sehr wichtiges Moment, daß Skopeck mir erzählte, wie der Mann die Hände in die Höhe gehoben und gerufen habe: Anspannen! Anspannen! Alles andere konnte Skopeck schließlich von anderen Dragonern gehört haben. Es kam noch hinzu, daß der Dragoner Baranowski mir sagte, er habe fast zu gleicher Zeit einen

Mann mit steifer Mütze und schwarzem Schnurrbart

an der Bandenthür stehen sehen. Ich sagte mir, dann kommt noch ein anderer Mann in Frage, denn Marten hat keinen schwarzen Schnurrbart. Es kam nur Hickel in Frage, da die anderen Unteroffiziere mit schwarzem Schnurrbart nicht dienstfrei waren. Es kam ferner in Betracht, daß Hickel der Schwager Marten's war.

v. Bäckmann giebt auf Befragen des Rechtsanwalts Horn zu, daß er nach der früheren Verhandlung einen anonymen Brief aus Gumbinnen nach Berlin erhalten habe. In diesem habe gestanden, Marten und Hickel seien nicht die Mörder. Er habe den alten Marten, Hickel oder Marten für den Briefschreiber gehalten. Kriminalinspektor Braun in Berlin habe behauptet, der Brief sei von Frau Hickel mit der linken Hand geschrieben. Ein Schreibsachverständiger habe dies als unzutreffend erklärt. Der Zeuge giebt zu, daß er zu Domning gesagt habe, er suche da wie ein Oelgöze. Hickel stehe bereits mit einem Fuß im Grabe, bei Domning würde dies auch sehr bald eintreten. Es erfolgte wieder eine sehr eingehende Besichtigung der Reitbahn wie auch der Ställe. Damit ist für heute die Verhandlung beendet.

Kommunales.

× **Hilfe für die Ueberschwemmten.** Gestern Abend beschäftigte sich der von der Stadtverordneten-Versammlung eingesetzte Ausschuß mit der Frage, in welcher Weise am schnellsten und zweckmäßigsten den durch das Unwetter vom 14. April geschädigten Bürgern geholfen werden könne. Es wurde festgestellt, daß der Magistrat schon in einer Reihe von Fällen, namentlich bei kleinen Gewerbetreibenden, helfend eingegriffen habe. Im übrigen vermißte man noch genügende thatsächliche Unterlagen, um den Umfang des Schadens beurtheilen zu können. Der Ausschuß, der unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorstehers Dr. Langerhans tagte — als Vertreter des Magistrats nahmen Oberbürgermeister Kirschner, Stadtbaurath Krause und Stadtrath Dr. Münsterberg Theil — faßte folgenden Beschluß: „Es wird ein Unterausschuß eingesetzt, bestehend aus den Stadtvv. Rast, Liebenow, Naas, Buchow und Hintze, der Schaden feststellen und weitere Beschlüsse des Ausschusses vorbereiten soll. Schadensmeldungen würden an den Magistrat oder an eines der Kommissionsmitglieder zu richten sein. Die Schäden müssen genau nachzuweisen und im Einzelnen spezifizirt sein." Wie mitgetheilt wird, sind vom Präsidenten der Oranje-Republik Steijn 500 Mark mit dem Ausdruck des Bedauerns über das Unwetter und die Schäden für die davon Betroffenen beim Magistrat eingegangen.

× **Zur Stadtverordneten-Kandidatur Galland** schreibt uns der Nächstbetheiligte, Rechtsanwalt Galland, selbst:

1. Meine Kandidatur ist vom Vorstand des freisinnigen Wahlvereins im fünften Reichstagswahlkreis und den freisinnigen Bezirksvereinen „Alexanderplatz" und „Königsviertel" in die Wege geleitet worden.

2. Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt der freisinnigen Volkspartei, ich bin neun Jahre lang erster Vorsitzender des freisinnigen Bezirksvereins „Alexanderplatz" gewesen.

Das wird zweifellos alles stimmen, aber das eifrige Eintreten von bestimmten Mitgliedern der Alten Fraktion der Linken zeigt, zu welcher Farbe des Kommunalkreisinns der Rechtsanwalt Galland zu rechnen ist und fordert zu entschiedener Opposition gegen seine Kandidatur heraus.

Zur Arbeiterbewegung.

= **Das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts** beschäftigte sich gestern Nachmittag mit dem Ausstand der Fabrikschuhmacher und Arbeiterinnen in der Fabrik von Goldstein, Köpenickerstraße. Der Ausstand ist auf eine Aenderung der Lohntarife und der Entlassung von sechs Arbeitern zurückzuführen. Unter dem Vorsitz des Gewerbegerichtsdirektors v. Schulz kam folgender Vergleich zu Stande: „Die Forderung der Gesellen, für das aushilfsweise Ködern, Ausballen und Anklopfen eine höhere Entschädigung zu bekommen, wird anerkannt und der Arbeitgeber erklärt sich bereit, falls solche Arbeit aushilfsweise von anderen Arbeitern bewirkt wird, im Tagelohn zu bezahlen. II. Das Arbeitsverhältniß der sechs Arbeiter ist ordnungsmäßig gelöst worden. Der Arbeitgeber erklärt sich bereit, trotzdem die Arbeiter aus allgemeinem Antriebe ihre Entlassung forderten, sie wieder einzustellen. III. Die Arbeiter verpflichten sich, auf die in der Fabrik beschäftigten Kloeter und anderen Arbeiter in keiner Weise wegen ihrer gegenwärtigen Löhne einzuwirken."

Lokales.

† **Mondfinsterniß.** In den himmlischen Regionen herrschen gegenwärtig außergewöhnliche Verhältnisse. Die Erde passirt jetzt die Bahn eines großen Meteoritenschwarmes, der „Lyriden", die von dem bekannten Sternbilde der Leyer ausstrahlen scheinen. Die Beobachtung dieser reichen Sternschnuppenfälle ist allerdings dadurch erschwert, daß der Himmel zumeist bewölkt ist; in klaren Nächten aber überstrahlt wieder das helle Licht des Mondes die Meteore, von denen daher nur ein winziger Theil sichtbar wird. Nach den Berechnungen der Astronomen bedarf dieser Sternschnuppenschwarm, der wahrscheinlich mit dem Auftreten eines größeren Kometen zusammenhängt, zu einem Umlauf um die Sonne eines Zeitraums von mehr als vierhundert Jahren. Der heutige Vollmond bringt uns nun eine vollständige Mondfinsterniß, die erste des Jahres, die jedoch nur östlich von dem Meridian Petersburg-Odessa - Alexandrien - Tanganikasee - Pretoria und westlich von dem Meridian von San Franzisko in ihrem ganzen Verlaufe verfolgt werden kann, während sie in den anderen Gegenden, also auch in Deutschland, nur theilweise sichtbar ist. Bei einer totalen Mondfinsterniß, bei der die Erde zwischen Mond und Sonne steht, geht der ganze, volle Mond durch den Schatten der Erde, der sich wie ein schwarze Scheibe ausnimmt und von Osten nach Westen allmählich durch den Mond vorzurücken scheint, so daß der Mond mehr oder weniger bedeckt ist und seines Lichts beraubt wird. Die heutige totale Mondfinsterniß dauert von 6 Uhr bis gegen ½9 Uhr Abends. In unserer Gegend geht der Mond, wie nochmals hervorgehoben sei, bereits völlig verfinstert um 7 Uhr 5 Minuten auf und bleibt ganz verdunkelt bis 8 Uhr 35 Minuten. Dann erhält der Mond nach und nach sein Licht wieder; um 9 Uhr 45 Minuten verläßt der Kernschatten, um 10 Uhr 56 Minuten auch der Halbschatten der Erde den Mond. In diesem Jahre findet eine zweite vollständige Mondfinsterniß statt und zwar am 17. Oktober. Auch sie wird bei uns nur theilweise sichtbar sein, dagegen in ganz Amerika und auf dem Atlantischen Ozean genau beobachtet werden können.

† **Erweiterung des Fernsprechverkehrs.** Der Fernsprechverkehr zwischen Berlin und Großbünzow ist eröffnet worden.

† **Städtische Schul-Personalien.** Die neu eröffnete 253. Gemeindeschule in der Straßmannstraße 18 hat der Rektor Meyer und die 255. Gemeindeschule, Stralauer Allee, Rektor Klemm erhalten. Die Lehrer Johannes Bahr und Hans Borchert sind zu Oberlehrern am Humboldt-Gymnasium bezw. dem Dorotheenstädtischen Realgymnasium ernannt worden. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß in dem Artikel „Die Schulnoth im Osten" (Sonntag den 20. d. M.) statt „Waßmannstraße" „Straßmannstraße" zu lesen war.

† **In der Sitzung der Aerztekammer für Berlin-Brandenburg** theilte der Vorsitzende am Sonnabend mit, daß der Kultusminister dem Antrag der Kammer über die Gestattung der Verbrennung von Pestleichen zu Seuchenzeiten nicht stattgegeben hat. Die Beanstandung des Haushalts der Kammer durch den Oberpräsidenten erfolgte, weil es dem Oberpräsidenten nach einem Ministerialbescheide unzulässig erschien, alle wohlberechtigten Aerzte gleichmäßig für die Aerztekammer zu betreuern. Darauf hin hat der Kammervorstand einen neuen Vorschlag für die Bemessung entworfen. Er will die Gesammtheit der Aerzte hinsichtlich der Besteuerung in drei Gruppen scheiden. Mit der Affaire des Lichterfelder Krankenhauses beschäftigte sich die Aerztekammer ebenfalls. Der Oberpräsident v. Bethmann-Hollweg wohnte der Versammlung bei. Es lag hierzu der Antrag des Dr. Heyl vor, der beschlossen sehen will: „Die Aerztekammer hält die in der Sitzung des Teltower Kreistags vom 18. Dezember 1901 und 16. März 1902 öffentlich getanen Aeußerungen des Vorsitzenden Landraths v. Stubenrauch: „Die lebhafte Verurtheilung des Publikums sei unbegründet und

im wesentlichen auf eine Animosität der Aerzte gegen den leitenden Arzt des Lichterfelder Krankenhauses zurückzuführen" und „daß der verminderte Besuch seinen Grund in einer Art Boykott der Aerzte gegen den Genannten habe", für durchaus irrig und bedauert die vom Landrath für das Verhalten der Aerzte gewählte Bezeichnung „Straßenlärm". Dr. Heyl beantragte zugleich, diese Erklärung dem Oberpräsidenten zur Kenntnißnahme zu übermitteln. Von Bergmann lag der Antrag vor: „Im Vertrauen auf die Regierung über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen." Nach Begründung des Antrags nahm sofort der Oberpräsident das Wort, um sich gegen den Antrag zu wenden. Einen Tadel gegen den Landrath auszusprechen, dazu sei die Kammer, von anderen Gründen abgesehen, gar nicht berechtigt, und gegen jede Ueberschreitung der Befugnisse — und eine solche würde hier vorliegen — werde er entschieden Widerspruch erheben. Kühle sich die Kammer als solche beleidigt, so könne sie sich beschweren, sich selbst aber eine Genugthuung zu verschaffen, stehe ihr nicht zu. Professor v. Bergmann begründete kurz seinen Antrag, wobei er zugleich Gelegenheit nahm, den Wunsch auszusprechen, daß der für das Lichterfelder Krankenhaus in Aussicht genommene Chirurg nicht als „Oberarzt", sondern als dirigirender Arzt angestellt werde. Professor Koßmann beantragte, zur Tagesordnung überzugehen, aber nur aus formellen Gründen und mit Ausdruck des Dankes gegen den Referenten. Der weitere Verlauf der Debatte gab Bergmann noch Veranlassung, sehr energisch dagegen zu protestiren, die Kammerstimmen zu einem Forum zu machen, vor dem Klagen über Krankenhäuser erörtert werden. Von anderer Seite wurde dagegen betont, daß es die ganze Aerztewelt, ja die ganze Bevölkerung nicht verstanden hätte, wenn man in der Sache nicht Stellung genommen. Der Landrath habe doch auch ohne jede gründliche Untersuchung seine beleidigenden Worte ausgesprochen. Der letztere Behauptung trat wieder der Oberpräsident entgegen, indem er zugleich für die Berechtigung des Vorwurfes einer gewissen Animosität eintrat. Nachdem auch der Referent unter den obwaltenden Umständen für Uebergang zur Tagesordnung sich ausgesprochen, wurde die Angelegenheit nach dem Antrag Koßmann erledigt.

† **Dienstjubiläum.** Der Kriminal-Protokollführer Hagen, welcher gestern sein 50jähriges Dienstjubiläum feierte, gehört seit 1854 der Kriminalabtheilung des ehemaligen Stadtgerichts an und ist seit 1874 bei der Kriminalabtheilung des Landgerichts I thätig. Der Jubilar, welcher sich allseitiger Liebe und Verehrung erfreut, wurde gestern früh bei seinem Dienstantritt durch den Obersekretär Rahn unter Ueberreichung eines Ehrengeschenks Namens der Bureau- und Kanzleibeamten beglückwünscht. Später erschien Landgerichtsrath Herr und überbrachte dem Jubilar Ehrengeschenk und Glückwunsch Namens der Untersuchungsrichter. Eine weitere Freude ward dem Jubilar durch seine Ernennung zum Kanzleisekretär zu Theil, die ihm von dem Landgerichtsdirektor Mosler als Vertreter des Präsidenten unter Ueberreichung des Patents mitgetheilt wurde.

† **Der morgige Orgelvortrag** in der Marienkirche (Mittags 12 Uhr) verspricht Arien, Lieder, Duette, Cello- und Orgelkompositionen von Bach, Händel, Mendelssohn, Rheinberger, Hauer, Guilmant, Geisermann, Rubinstein, Godard und Diemel, die ausgeführt werden von Otto Diemel, Wimmy von Kupffer, Alma Pankenin-Aderhold, Edith Xaver, Georg Grund und Ad. Bolte. Der Eintritt ist frei.

† **Verein Invalidendank.** In der Generalversammlung wurde der Geschäftsbericht für das verflossene Jahr einstimmig genehmigt. Von dem Jahresgewinn wird nach den Satzungen ein Drittel zur Unterstützung von Invaliden zu verwandt; die Vertheilung erfolgt zum größten Theil durch das Kriegsministerium bezw. durch die Generalkommandos. Das bisherige Statut wurde dahin geändert, daß in Zukunft zwei Drittel des Reingewinnes zur Vertheilung gelangen sollen, ebenso wurde die Bildung eines Pensionsfonds für die Angestellten im Prinzip genehmigt. Zur Ausarbeitung der Details wurde eine Kommission aus dem Verwaltungsrathe erwählt. Im Turnus schieden aus dem Verwaltungsrathe General der Infanterie von Viebahn und Generalkonsul Eugen Landau aus und wurden durch Akklamation wiedergewählt. Das ferner ausscheidende Mitglied General der Infanterie von Grolman lehnte aus Gesundheitsrücksichten eine Wiederwahl ab. Neu in den Verwaltungsrath wurden General der Artillerie Rohde, Kommerzienrath Fromberg und Hofjuwelier Sy gewählt.

† **Das erste Bundeskonzert des „Deutschen Sängerbundes"**, einer Vereinigung von neun der hervorragendsten Männergesangvereine Berlins und Umgegend, findet am 28. d. M. in der Philharmonie statt. 900 Sänger, unter Leitung des Bundeschormeisters Prof. Felix Schmidt, werden a capella-Chöre von Dregert, Schubert, Schumann, Haydn, Rietz, Reinh. Becker, Edw. Schulz, Selcher und Hilpert zum Vortrag bringen, auch hat die Violinistin Irene v. Brennerberg ihre Mitwirkung zugesagt. Der Ertrag des Konzerts ist zu wohlthätigem Zweck bestimmt.

† **Eine größere Verkehrsstörung** entstand gestern Nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr in der Museumstraße an der Brücke, die zur Zeit gesperrt ist und nur der elektrischen Bahn an einer schmalen Seite die Ueberfahrt gestattet. Trotz des Verbots fuhr ein Arbeitswagen beladen über diesen schmalen Steg der Brücke. Dabei stürzte das eine Pferd und konnte nicht so rasch wieder auf die Beine gebracht werden. Dadurch sammelten sich die Straßenbahnwagen in großer Zahl zu beiden Seiten der Brücke an, bis das Hemmniß beseitigt war.

† **Angeschossen** wurde von einem Spielkameraden mittels Tesatings am Sonntag Nachmittag auf der Reinickendorfer Feldmark der dreijährige Sohn Adolf her in der Schnellstraße wohnhaften Wittwe Schneider. Die Kinder schossen dort nach einer sogenannten bunten Scheibe, als der Kleine plötzlich mit lautem Aufschrei zusammenbrach, während Blut über sein Gesicht herniederrieselte. Der vierzehnjährige Theodor H. hatte seinem Freund aus Scherz den Hut vom Kopfe schießen wollen und bei diesem gefährlichen Beginnen seinen Kameraden an der Stirn getroffen. Glücklicherweise handelt es sich nur um eine ungefährliche Streifwunde.

† **Ein Pfandschein über einen goldenen Ring** ist bei einem festgenommenen jungen Burschen gefunden worden. Der Inhaber erklärte, im Juli v. J. in der Flughafenanstalt an der Schillingsbrücke einem jungen Manne ein Portemonnaie mit einigen Goldstücken, einigen Silber- und Nickelmünzen, sowie dem Pfandschein zu haben. Der Geschädigte wird ersucht, sich in den Vormittagsstunden im Polizeipräsidium, Zimmer 36, zu melden.

† **Nach Unterschlagung von 14 000 Kronen** ist ein 38 Jahre alter Buchhalter Karl König aus Tullen in Oesterreich flüchtig geworden. Da man nach Briefen, die der Verfolgte hinterließ, vermuthet, daß er sich nach Berlin gewandt habe, so ist die hiesige Kriminalpolizei auf ihn aufmerksam gemacht worden. König hat kurzgeschnittenes Haar mit Glatze und an der Nasenwurzel links eine Narbe.

† **Plötzlicher Tod.** Der fünfzig Jahre alte Buchhändler Richard Curt aus Potsdam brach am Sonntag Abend vor dem Hause Friedrichstraße 133 plötzlich krank zusammen und wurde bewußtlos in die königliche Klinik in der Ziegelstraße gebracht. Als man dort mit ihm ankam, war er schon todt. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

† **Als Leiche wieder gefunden** wurde die 21 Jahre alte Kassiererin Agnes Schimpel aus der Adalbertstraße 26, die im Metropol-Café angestellt war, und seit dem 25. März vermißt wurde. Unglückliche Liebe soll das Motiv gewesen sein.

† **Aus dem Polizeibericht.** Der Maurergeselle Emil Meier ist an den Folgen des Absturzes vom Gerüst in der Winsstedtstraße im Krankenhause gestorben. — Der Arbeiter Stanislaus Janiß verletzte in der Nacht zum Montag vor dem Hause Weidenweg 12 ohne jede Veranlassung den Bäcker Fritz Stellmacher durch einen Messerstich erheblich an der Stirn und ergriff darauf die Flucht. Er wurde jedoch in der Tilsiter Straße von mehreren Personen eingeholt und durch Schläge am Kopfe verletzt. — Die Aufwärterin Wittwe Auguste K. erhängte sich auf dem Böckebeiden eines Hauses in der Stäleristraße wegen unglücklicher Familienverhältnisse. — Beim Ausspringen aus einem Straßenbahnwagen wurde in der Lützowstraße her 8 Jahre alte Sohn des Bankiers Lilienthal durch einen vorschriftswidrig fahrenden, vom Schlächtergesellen Geyer geführten Wagen umgestoßen und leicht am Kopfe verletzt. — In der Luisenstraße wurde der 12 Jahre alte Schüler Fielitz, während er neben warschirenden Soldaten herlief, durch eine Droschke umgestoßen und von dem Pferde getreten. Er erlitt einen Bruch des rechten Unterschenkels. — Beim Fensterputzen fiel das Dienstmädchen Emma Hasler aus dem ersten Stock des Hauses Danzigerstraße 74 auf den Bürgersteig herunter und erlitt mehrfache erhebliche Verletzungen. — Im Verkauf der apostolischen Gemeinde Wersiliusstraße 10 starb am Sonntag der Tapezierer Georg Biedermann am Herzschlag. — In der Verlängerten Schönebergerstraße wurde der Arbeiter Wilhelm Borz mit bedeutenden, von einer Schlägerei herrührenden Verletzungen am Kopfe aufgefunden und in das Krankenhaus am Urban gebracht.

Aus den Vororten.

†† **Die Ursache der schweren Leuchtgasvergiftung im Hause Düppelstraße 30 zu Steglitz,** welcher, wie berichtet, die Kanzleiräthin Bitterfs und deren Tochter Antonie zum Opfer gefallen sind, ist nach langen und umständlichen örtlichen Untersuchungen nunmehr festgestellt worden. In einem zweiten Kollaterwin, den auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft zu Berlin Polizeikommissar Hoffmann-Steglitz mit mehreren seiner Beamten unter Zuziehung eines Sachverständigen abgehalten hat, machte man die Wahrnehmung, daß in einem unbewohnten und überhaupt noch nicht vermiethet gewesenen einzelnen Zimmer, das der Wohnung des Kaufmanns Wassernick im ersten Stock gegenüber liegt, das Kniestück eines Zweigrohres der Gasleitung vorschriftswidrig abgeschöpft war, indem man dazu einen schlechtschließenden Papierstopfen verwendet hatte. Der Urheber dieser Manipulation wird nicht mehr zu ermitteln sein, denn seit Verlegung der Gasrohrleitungen im Hause Düppelstraße 30 ist eine lange Zeit verflossen, innerhalb deren in dem Hause überhaupt Niemand Gas gebrannt hat bis zum Einzuge der Damen Piterfé am 29. März d. J. Da erst wurde im ersten Stock der Gasmesser angeschlossen. Dieses durfte nicht geschehen ohne vorausgegangene genauere Untersuchung der Rohre auf ihre Dichtigkeit. Diejenige Person, die das unbedachte Weise bewirkt gethan hat, wird sich daher strafrechtlich zu verantworten haben, denn es ist nunmehr erwiesen, daß die todbringenden Gasmengen aus jenem undichten und unbedachtet gebliebenen Rohrkniestück in dem entlegenen Zimmer durch die Wand in die unmittelbar darüber belegenen Wohn- und Schlafräume der Damen Piterfé ihren Weg genommen haben.

Industrie, Handel. Börse.

Dividendenschätzungen. Es herrscht bekanntlich die Gepflogenheit, dass kurz vor Ende des Geschäftsjahres von den Industriegesellschaften Schätzungen über die muthmassliche Höhe der Dividende veröffentlicht werden. Diese Schätzungen werden natürlich von den Verwaltungen, die für die Richtigkeit der Schätzungen keine Garantie übernehmen wollen, unter Vorbehalt mitgetheilt. Wiederholt ist es vorgekommen, dass die Dividendenschätzungen keineswegs der schliesslichen Dividendenfestsetzung entsprechen. Es war dies namentlich in Bezug auf das Geschäftsjahr 1901 der Fall; eine grössere Anzahl von Dividendenfestsetzungen hat den Schätzungen nicht entsprochen, sie stellten sich theilweise nicht unbeträchtlich niedriger, als die Schätzungen. Dass infolgedessen die Kurse der in Frage kommenden Papiere gewichen sind, braucht wohl nicht hervorgehoben zu werden und diejenigen sind mehr oder weniger empfindlich geschädigt worden, die, veranlasst durch die Dividendentaxe, Papiere erwarben. Die Verwaltungen der Industriegesellschaften sollten deshalb von Dividendenschätzungen absehen, damit das Publikum nicht irregeführt wird.

Allgemeine Lokal- und Strassenbahn-Gesellschaft. Die 2 Millionen Mark neue Aktien, um welche das Grundkapital erhöht wird, sollen den Aktionären zu pari plus Spesen angeboten werden.

Bank für Süddeutschland. In der Generalversammlung wurde die Fusion mit der Darmstädter Bank einstimmig angenommen. Der gefasste Beschluss geht dahin, dass für nominal 1200 M. Aktien der Bank für Süddeutschland nominal 1000 M. Aktien der Darmstädter Bank gewährt werden, vorgegen der Umtauschende den Reichsstempel in Höhe von 20 M. zu tragen hat. Die Darmstädter Bank hat diese Modifikation auf mehrfache Anregung aus Aktionärkreisen vorgeschlagen. Diese Abweichung von den früher bekannt gegebenen Anträgen bedeutet für die Darmstädter Bank eine Mehrleistung von etwa 250 000 M., die den Aktionären der Bank für Süddeutschland zu gute kommt. Behufs Durchführung der Transaktion wird das Kapital der Darmstädter Bank um 13 060 000 M. erhöht.

Union, Electricitäts-Gesellschaft in Berlin. In der ordentlichen Generalversammlung wurde die Bilanz einstimmig genehmigt und die Dividende auf 6 pCt. festgesetzt. Die Anfragen eines Aktionärs über die so grossen Abschreibungen und über die Höhe der General-Waarenkonto wurden dahin beantwortet, dass das Prinzip aller grossen elektrischen Gesellschaften dahin gehe, speziell das Patentkonto ganz abzuschreiben, und dass im übrigen die gleichen Abschreibungen wie im vorigen Jahre gemacht seien. Was das Waarenkonto betreffe, so sei fast alles zu besseren Preisen, wie in der Bilanz angesetzt, verkauft. Die Zahl der Aufsichtsrathsmitglieder wurde auf zwölf festgesetzt. Für die verstorbenen Mitglieder wurden Bankier Ludwig Born bis 1904, Herr Direktor Samuel Kochertbaler bis 1903, an Stelle des wegen andauernder Krankheit zurücktretenden Herrn Richard Michelet Herr Direktor Berthard Dernburg gewählt. Die turnusmässig ausscheidenden Herren Generaldirektor Dr. jur. Wiegand in Bremen und Ingenieur Ernst Turnauer in Paris wurden bis 1906 wieder- und ferner die Herren Ministerialdirektor a. D. Joseph Hinter und Generaldirektor Hermann Budele, Berlin bis 1906 neugewählt. Ueber das laufende Geschäftsjahr wurde mitgetheilt, dass die Aufträge, welche aus dem vorigen Jahre stammen, zu ziemlich guten Preisen abgeschlossen seien. Momentan sind durch die Konkurrenz die Preise der elektrischen Apparate stark gedrückt; doch ist zuversichtlich auf baldige Besserung zu hoffen und anzunehmen, dass der Verdienst ein guter sein wird.

Berliner Speditions- und Lagerhaus Akt.-Ges. (vorm. Bartz & Co.). Wie der Geschäftsbericht für 1901 mittheilt, ist das Ergebniss nur wenig hinter dem des Vorjahres zurückgeblieben. Die gesammten Brutto-Erträgnisse des Berichtsjahres betragen einschliesslich des Vortrages aus 1900 1 131 697 M. und die Unkosten 961 777 M., so dass der Gesammtüberschuss sich auf 169 920 M. (gegen 170 340 M. im Vorjahre) stellt. Die gesammten Abschreibungen betragen 51 110 M. (gegen 40 015 M. im Vorjahre). Der Vorstand beantragt für den verbleibenden Reingewinn von 118 810 M. folgende Vertheilung: 5666 M. Ueberweisung an den gesetzlichen Reservefonds, 6800 M. Tantième für den Vorstand, 100 000 M. 5 pCt. Dividende auf das Aktienkapital von 2 000 000 M., 5043 M. Tantième für den Aufsichtsrath, während restliche 1309 M. auf neue Rechnung vorzutragen sind. Nach Zuweisung obiger 5666 belaufen sich die gesammten Reserven der Gesellschaft auf 215 423 M. Die ersten Monate des laufenden Jahres haben befriedigende Erträgnisse erbracht und stellt der Vorstand, falls sich die derzeitige allgemeine Geschäftslage nicht verschlechtert — für 1902 ein günstiges Resultat in Aussicht.

Beusberg-Gladbacher Bergwerks- und Hütten-Aktien-Ges., Berlin. Nach dem Abschlusse für 1901 ergiebt sich in Folge des Rückganges der Zink- und Bleipreise ein Verlust von 13 716 Mk. Die Abschreibungen erfordern neben 30 000 Mk. auf die Obligationen noch circa 104 000 M. auf die Gesammtanlagen. Diese Beträge, circa 147 000 Mark, sollen aus den Reserven gedeckt werden. Im Vorjahre wurde ein Reingewinn von 39 654 Mk. erzielt, aus dem eine Dividende von 1 pCt. vertheilt wurde. Die Abschreibungen wurden auch im vorigen Jahre aus den Reserven gedeckt.

Friedrich Wilhelm, Preussische Lebens- und Garantie-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin. Die Generalversammlung der Aktionäre genehmigte die vorgelegte Bilanz und die vorgeschlagene Gewinnverthellung und ertheilte der Verwaltung einstimmig Decharge. Die wegen Ablaufs ihrer Amtsdauer ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsraths wurden wiedergewählt. Der Ueberschuss des Jahres 1901 beträgt 1 207 166 M. Von demselben werden zunächst 650 824 M. zur Vertheilung an die mit Antheil am Gewinn Versicherten ausgeschieden; es erhalten hiernach die Versicherten des Verbandes A. 20 pCt., die Versicherten des Verbandes C. und D. 25 pCt. Dividende auf die im Jahre 1901 gezahlten Prämien, die Versicherten des Verbandes B. 3 pCt. von der Gesammtsumme aller seit Beginn ihrer Versicherung gezahlten Jahresprämien. Der Kapital-Reserve werden 55 598 M. überwiesen. Von dem verbleibenden Betrage erhalten die Aktionäre nach den Vorschlägen der Verwaltung 20 pCt. Dividende auf ihre Einzahlung, 300 360 M., 48 000 M. werden dem Pensionsfonds für die Beamten und zu Gratifikationen für dieselben und 42 384 M. der Reserve für event. Verluste und Bedürfnisse überwiesen. Im Betriebsjahre wurden Lebensversicherungsanträge über 65 000 162 M. Kapital und 113 399 M. Jahresrente bei der Gesellschaft eingereicht, wovon 49 729 765 M. Kapital und 101 743 M. Jahresrente angenommen wurden. Nach Abzug aller Abgänge durch Tod oder bei Lebzeiten der Versicherten erhöhte sich der Gesammtversicherungsbestand auf 283 102 760 M. Kapital und 465 176 M. Jahresrente. Die gesammte Prämieneinnahme für Lebens- und Renten-Versicherung betrug 13 351 854 M., die Zinsen aus den Kapitalsanlagen 2 159 482 M., die Jahreseinnahme an Prämien und Zinsen zusammen sonach 15 510 847 M. (gegen das Vorjahr 1 470 302 M. mehr). Hiervon waren 4 665 473 M. zur Zahlung an die Versicherten oder deren Hinterbliebene — ohne die Dividendenantheile — zu verwenden und 6 529 665 M. flossen zur Prämienreserve und den Prämienüberträgen, welche damit auf 51 502 292 M. anwuchsen. Die Auszahlungen für Sterbefälle blieben um 457 937 M. hinter der Summe der rechnungsmässigen Deckungsmittel zurück. Die gesammten Aktiven der Gesellschaft stiegen um 9 553 320 M. auf 61 963 042 M.

Letzte Nachrichten.

Bremen, 21. April. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „König Albert" ist in der Meerenge von Schimonoseki aufgelaufen. Das Schiff dürfte mit der nächsten Fluth wieder flott werden.

Wien, 21. April. Das Abgeordnetenhaus setzte die Budgetdebatte, und zwar bei Titel „Allgemeine Kassenverwaltung" und „Münzwesen" fort. Abg. Kaslan wies dem Vorwurf, daß die Subvention für die Stadt Prag ein Abfindungsgeld für die Unterlassung der Obstruktion sei, zurück. Redner beschuldigte die Deutschen, sie trieben eine Politik des Hasses, und sagte, sollte die Subvention für Prag an der Unduldsamkeit der Deutschen scheitern, dann wäre die Geduld des tschechischen Volkes erschöpft, und seine Vertreter würden wissen, was sie von diesem Hause und von diesem Staate zu erwarten hätten.

Budapest, 21. April. Die Beerdigung des verstorbenen Handelsministers Hornszkh hat heute Nachmittag unter ähnlich zahlreicher Betheiligung aller Schichten der Bevölkerung auf Staatskosten stattgefunden. Der König war durch den Hofmarschall im Ungarn Grafen Apponyi vertreten. Nach der Einsegnung der Leiche durch den Erzbischof Samassia hielt der Abgeordnete Berzeviczy im Namen des Abgeordnetenhauses die Trauerrede. In den Straßen, welche der Zug bis zum Friedhofe passirte, brannten die mit Trauerflor umhüllten Gaslaternelaber.

Bern, 21. April. Dem Ständerath zustimmend genehmigte der Nationalrath den Vertrag betreffend den freihändigen Ankauf der Vereinigten Schweizerbahnen und ermächtigte den Bundesrath zur Konversion der 4prozentigen Anleihen der Zentralbahn und der Nordostbahn in 3½prozentige Bundesbahnanleihen, dehnte aber diese Vollmacht auch auf die 4prozentigen Anleihen der Vereinigten Schweizerbahnen vom Jahre 1892 im Betrage von 5 Millionen Francs aus.

Rom, 21. April. Wie der „Agenzia Stefani" aus Brüssel gemeldet wird, hat die belgische Regierung ihren Gesandten in Bern angewiesen, die Vertretung der italienischen Interessen bei dem Bundesrathe zu übernehmen.

Amsterdam, 21. April. Nach glaubwürdigen Mittheilungen hat sich der Ministerrath in seiner heutigen Sitzung nicht mit der Regentschaftsfrage beschäftigt. Amtliche Kreise betrachten alle Meldungen über die angeblich bevorstehende Einsetzung einer Regentschaft als müßiges Gerede.

London, 21. April. Unterhaus. O'Kelly fragt: „Welches sind die den Burenführern zu Pretoria gestellten Friedensbedingungen? Balfour entgegnet: „Ich habe weiter früheren Antwort nichts hinzuzufügen". O'Kelly: „Warum kann, wenn die Burenkommandos über die Friedensbedingungen informirt werden, nicht auch das Haus darüber informirt werden?" Balfour: „Ich acceptire jene Behauptung nicht".

Helsingfors, 21. April. Am 17. April, Vormittags 10 Uhr, sollte der Gouverneur des Bezirkes Nirland in Helsingfors in der Manege der Garnison eine Kontrollversammlung der gestellungspflichtigen Rekruten abhalten. Hierbei führte eine Menge von etwa 500 Personen durch Hupfen und Lärmen die Verlesung der Kriegsartikel sowie den Namensaufruf der Rekruten. Bei dem Vorruf der einzelnen Gestellungspflichtigen an den Tisch der Kommission nahm der Lärm und die Unruhe noch zu. Gegen 12 Uhr Mittags wurde die Kontrollversammlung unterbrochen. Als der Polizeikommissar Raiskkangassa die Manege verließ, empfing ihn die Menge mit Heulen und Lärmen, warf nach ihm mit Steinen und Eisstücken und verletzte ihn schwer. Dank dem energischen Eingreifen der Gehilfen des Polizeimeisters Stadtpolizei Magnusson konnte der Kommissar aus der wütenden Menge befreit und auf die Zentralstation der Polizei geschafft werden, wobei die Menge mehrere Schutzleute thätlich angriff. Bei Wiedereröffnung der Kontrollversammlung hatte sich die Volksmenge noch wesentlich vermehrt. Unter ihr befand sich der Sekretär des finnländischen Senats Gurunzheim, Baron Born, Axel Pitisje, die Stadtfiskalen und andere den gebildeten Ständen angehörige Leute. Diese erlaubten sich noch viel größere Ausschreitungen.

Am 18. April Morgens 10 Uhr eröffnete die Ersatzkommission ihre Sitzung in der Kaserne des dritten finnischen Leibgardebataillons zur ärztlichen Untersuchung der Rekruten. Eine Menge von mehreren Tausend Personen hielt den Kasernenplatz besetzt und empfing jeden Rekruten, der aus der Kaserne hinausstrat, mit Schreien, Pfeifen und Schimpfworten. Gegen 2 Uhr Nachmittags hatte die Menge den Senatsplatz und alle Nebenstraßen besetzt. Die gesammte Polizei der Stadt wurde aufgeboten, um die Menge zu zerstreuen, war aber ohnmächtig. Polizei und Senatoren, durch die Lage bedrängtigt, zogen nun fünfzig Kosaken der orenburgischen Kosakendivision heran. Beim Erscheinen der Truppen verließ die Menge zunächst den Platz, drängte aber bald wieder auf den Platz vor. Die Kosaken rückten von neuem vor. Jetzt wandte sich die Menge gegen sie, warf mit Steinen und Eisstücken, schleuderte aus den Fenstern der Häuser Holzklötze und Flaschen mit übelriechenden Flüssigkeiten herab. Mehrere Kosaken wurden verwundet, darunter einer lebensgefährlich am Kopf. Trotzdem wurde zunächst von dem Gebrauch der Schußwaffe abgesehen. Zwischen hinein noch fünfzig Kosaken und zwei Kompagnien Infanterie vom ersten finländischen Schützenregiment herangezogen. Bei dem Straßenkampf, der sich nunmehr entspann, wurden sechs Schutzleute und ein Kosak verwundet, außerdem viele andere Personen. Beiretter der Stadt und Abgeordnete aus der Menge versprachen jetzt, die Menge zum Auseinandergehen zu bewegen. Hierauf stellten die Truppen ihre Thätigkeit ein, und die Kosaken wurden in die Höfe zurückgezogen. Da die Zeit herankam, wo die Fabriken schließen und anzunehmen war, daß durch die Arbeiter die Volksmenge noch Zuzug erhalten werde, wurden noch vier Kompagnien Infanterie herangezogen. Bevor diese aber noch auf dem Platz erschienen, zerstreute sich die Menge allmählich, sodaß die Truppen zurückgezogen werden konnten und die Aufrechterhaltung der Ordnung wieder der Polizei überlassen wurde. Auf dem Rückwege nach der Kaserne wurden die Kosaken aber wieder von der Menge angegriffen und mit einem Steinhagel überschüttet. Ein Offizier und ein Unteroffizier wurden schwer verwundet, viele Kolben und Gewehrschäfte der Karabiner zertrümmert und zahlreiche Pferde schwer verletzt.

Newyork, 21. April. Die Kaserne, welche in Managua (Nikaragua) von den Konservativen in die Luft gesprengt wurde, war ein zweistöckiges Gebäude. Dasselbe ist völlig zerstört. Getödtet sind sämmtliche Soldaten, welche sich darin befanden und deren Zahl sich auf hundert bis zweihundert belief.

Frankfurt a. M., 21. April. Oestr. Kreditaktien 212,30, Franzosen 141,80, Lombarden 17,50, Ungar. Goldrente 101,30, Gotthardbahn 167,50, Diskonto Kommandit 189,30, Dresdner Bank 139,30, Berliner Handelsgesellschaft 153,80, Harpener 168,60, Laurahütte 203,10.

Wien, 21 April, Nachmittags. (Schluss-Course.) Ungarische Kreditaktien 692,00. Oestr. Kreditaktien 674,50, Franzosen 659,50 Lombarden 65,50. Galizier —.—. Nordwestbahn 455,00. Elbethalbahn 465,00. Oest. Papierrente 101,85 do. Goldrente 120,40. 5proz. ungar. Papierrente —.—. 4proz. ungar. Goldrente 120,10, Marknoten 117,41, Napoleons 19,09 Bankverein 454,00 Tabakaktien —.—. Unionbank 548,00, Länderbank 426,00. Alpine Montan 385,00.

Paris, 21. April, Nachm. (Schluss-Course.) 3proz Rente 100,97, 4proz. Anleihe —.—. Italiener 100,87. Franzosen 711,00. Lombarden —.—. Türken 25,87. Suezkanal-Aktien 3972. Ottomanbank 560,00 Rio Tinto 1104.

London, 21. April. (Schlusskurse.) Engl. 2¾proz. Konsols 94⅞, Preuss. 3½proz. Konsols, unkündb. bis 1905 —. Aegyptische 4proz. unifiz. Anleihe 108⅞, Italienische 5proz. Rente 99⅞, Mexikan. 5proz. konsol. Anleihe von 1898 101, Russ. 4proz. konv. Anleihe II. Serie 99⅞, 1proz. konvertirte Türken Lit. D 25⅞, Ungar. 4proz. Goldrente 100⅞, Ottomanbankaktien 12⅝, Kanada-Pacific-Aktien 129,50, Northern Pacific —, Silber 24 1/16. Neue Chinesen 89⅛, Northern Common Shares —.—, Chicago-Milwaukee 177⅛, Louisville Nashville 129⅛, Union Pacific 111, 5prozent. Argentinische Goldanleihe 90,75, Spanier 79⅞, Southern Pacific 79¾.

Hierzu Beiblatt.